

1010101001000
0101001011110
00010101001
10100101001
1010101001000



Believe in *People*

Positionspapier der EVP-Fraktion

zur **Digitalen
Wirtschaft**



EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

01010100

Positionspapier der EVP-Fraktion
zur Digitalen Wirtschaft



Positionspapier der EVP-Fraktion

zur **Digitalen**
Wirtschaft



01010

Inhalt

Positionspapier der EVP-Fraktion zur Digitalen Wirtschaft	5
1. Zusammenhalt des Marktes	7
2. Infrastruktur und Branchen	9
3. Rechte des geistigen Eigentums, Urheberrecht und Inhalte	13
4. Verbraucher in der digitalen Wirtschaft	15

100101001

101001000

100101001100101001

101001000101001000

Positionspapier der EVP-Fraktion zur Digitalen Wirtschaft

Eine florierende digitale Wirtschaft ist eine der tragenden Säulen für Wachstum und Beschäftigung in der Union. Sie ist darüber hinaus entscheidend für die Modernisierung der traditionellen Industrie. Angesichts der geschätzten Gewinne von 500 Milliarden Euro durch zusätzliches Wachstum und der kräftigen Impulse zur Schaffung von Arbeitsplätzen setzt sich die EVP-Fraktion für die Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes ein, um für unsere Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen größtmöglichen Nutzen und Mehrwert zu erreichen. Aus diesem Grund möchten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern eine größere Vielfalt an grenzüberschreitenden Dienstleistungen bieten, die Schaffung innovativer Online-Dienste zu wettbewerbsfähigen Preisen voranbringen und den Unternehmen und insbesondere den KMU den Zugang zu grenzüberschreitenden Märkten erleichtern.

Als größte Fraktion im Europäischen Parlament engagieren wir uns als treibende Kraft dafür, dieses wichtige Projekt zu entwickeln und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in Europa zu erfüllen, indem wir einen global wettbewerbsfähigen, innovativen und bürgernahen Digitalen Binnenmarkt gestalten. Wir wollen die Regelungen, die für die herkömmliche (nicht digitale) Wirtschaft bislang ausschlaggebend waren, auf intelligente Weise auch für die Regelungen der digitalen Welt übernehmen. Daher sollten wir Initiativen fördern, die die Rechtszersplitterung überwinden, und den Unternehmen die Möglichkeit geben, die Vorteile des gesamten europäischen Marktes zu nutzen und den Verbraucherinnen und Verbrauchern ein größeres Angebot zu bieten.

Europa braucht dringend eine verbesserte und starke digitale Wirtschaft und die Beschränkungen unter den Mitgliedstaaten müssen abgebaut werden, um einen echten digitalen Binnenmarkt zu schaffen. Dafür gilt es in erster Linie, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in die digitale Wirtschaft zu stärken. Für die Vollendung des digitalen Binnenmarktes sind daher eine rasche Verabschiedung umfassender und dennoch realistischer EU-Datenschutzrahmenbestimmungen, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit in Europa und zugleich wirksamem Online-Datenschutz beitragen, sowie die Verabschiedung der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit von zentraler Bedeutung. In der aktuellen Diskussion über Datenschutz und Netzsicherheit kommt für die EVP-Fraktion Qualität vor Schnelligkeit, um unsere Unternehmen dabei zu unterstützen, das Potenzial der datengesteuerten Wirtschaft auszuschöpfen.

Der digitale Binnenmarkt ist ein Motor für viele Branchen in Europa, etwa für die besonders innovativen und jugendorientierten Kreativbranchen, die ein riesiges Arbeitsplatzpotenzial in einer sich rasch entwickelnden und wandelnden Welt aufweisen. Der Rahmen für die Rechte an geistigem Eigentum bietet Schutz für den Wert der Arbeit, durch die Innovation oder kulturelle Inhalte geschaffen wurden. Darüber hinaus eröffnet er Möglichkeiten für künftige Innovationen und die Zugänglichkeit von Wissen. Aufgrund der Synergie zwischen diesen Werten ist es angebracht, den Rahmen für die Rechte an geistigem Eigentum neu anzupassen, um den neuen Herausforderungen durch die moderne Technologie gerecht zu werden. Dieser Rechtsrahmen sollte ausgewogen sein; er sollte Nutzern den Zugang zu den Dienstleistungen ermöglichen und zugleich ausreichende Vorteile schaffen, um die kulturelle Vielfalt in Europa zu fördern.



1. Zusammenhalt des Marktes

Um einen wettbewerbsfähigen, für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen auch nützlichen digitalen Binnenmarkt zu erreichen, müssen die Marktteilnehmer einen zuverlässigen, gerechten, transparenten und verhältnismäßigen Rechtsrahmen vorfinden, der ihnen einen fairen und ausgewogenen Wettbewerb ermöglicht und Entfaltungsräume für innovative Ideen und Produkte ohne belastende Regelungen lässt. Als EVP-Fraktion möchten wir daher Wettbewerbsgleichheit für alle Beteiligten herstellen. Dementsprechend wollen wir Regulierungsmaßnahmen verabschieden, um zu diesem Zweck die derzeitigen Engpässe auf den Märkten zu beseitigen; zugleich wollen wir aber asymmetrischen gesetzlichen Verpflichtungen entgegenzutreten, bei denen bestimmte Märkte, Unternehmen oder Wirtschaftsteilnehmer gegenüber anderen bevorzugt werden, und stattdessen die konkret erbrachten Dienstleistungen im Blick behalten.

Die Definition der Akteure und Märkte wird ein entscheidendes Element auf dem Weg zu fairem Wettbewerb sein. Angesichts der Entwicklungen hin zu neuen Ökosystemen von Plattformen, die Application-Stores, Betriebssysteme, nicht-interoperable Dienstleistungen, Zahlungsdienste, Suchmaschinen, Navigationssysteme usw. bieten, muss unsere bisherige, auf die Telekommunikation ausgerichtete Sicht der Märkte überprüft und überdacht werden.

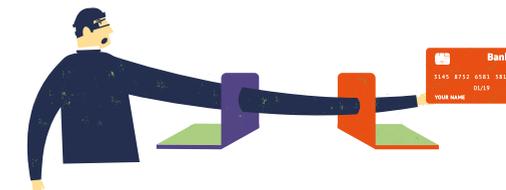
Die EVP-Fraktion begrüßt und erkennt die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle und Dienstleistungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Unternehmen. Um diese Innovation wahr werden zu lassen, ist ein gerechter, offener

und nicht-diskriminierender Internetzugang (im Sinne der Netzneutralität) ein entscheidendes Instrument und Wegbereiter für neue Dienstleistungen ohne benachteiligende Einschränkungen. Daher ist Netzneutralität eine Voraussetzung für fairen Wettbewerb und den Zusammenhalt des Marktes zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Unternehmen. Wir wollen den Vorschlag zum Telekommunikationsbinnenmarkt 2015 rechtzeitig abschließen und den Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation überprüfen, um ausgewogene Lösungen für die zentralen Aufgaben wie Roaming, Frequenznutzung und Netzneutralität zu erreichen. Als führende politische Kraft im Parlament bei allen richtungweisenden Entscheidungen zum Roaming setzt sich die EVP-Fraktion dafür ein, die Endkunden-Roamingentgelte für Sprach-, Daten- und SMS-Kommunikation schnellstmöglich abzuschaffen.





2. Infrastruktur und Branchen



Da die Entwicklung neuer digitaler Dienste weiter Fahrt aufnimmt, ist die ihr zugrunde liegende Infrastruktur eine weitere Voraussetzung für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Die rasche Entwicklung des mobilen Datenverkehrs, der zwischen 2014 und 2019 voraussichtlich um das Zehn- bis Fünfeinfache wachsen wird, stellt eine Herausforderung für die Investition in den Ausbau von Kapazitäten zur Sicherstellung der Bereitstellung der schnellsten Geschwindigkeiten von morgen dar, und erfordert eine entscheidende Frequenzzuweisung, damit Europa weltweit führend werden kann. Wir sind daher fest entschlossen, die erforderlichen Bedingungen zur Sicherstellung von Funklizenzen für die drahtlose Breitbandkommunikation zu erfüllen und die entsprechenden Verfahren einzuleiten.

Neue App-basierte oder beschleunigte Dienste, darunter Online-Gesundheitsfürsorge, elektronisches Lernen und elektronischer Geschäftsverkehr, können nur dann genutzt werden, wenn ein schneller und zuverlässiger Zugang zum Internet sichergestellt ist. Wir möchten daher beträchtliche Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in das neue Breitbandnetz (Glasfaser, 4G & 5G), ermöglichen. Zu den wesentlichen Investitionsquellen gehören die langfristigen Finanzierungsinstrumente im Rahmen des Juncker-Plans für Investitionen, wie etwa Verkehr, Energie und digitale Wirtschaft. Da alle Bürgerinnen und Bürger über eine Internetverbindung mit der höchsten Übermittlungsgeschwindigkeit zu

den geringstmöglichen Kosten verfügen sollten, müssen Hybridlösungen in Betracht gezogen werden.

Ferner möchten wir das Potenzial des digitalen Binnenmarktes zur Förderung der sozialen Eingliederung und der Eingliederung der Generationen sowie zur Bewältigung der digitalen Kluft mittels der Einführung neuer Interaktionsmodelle nutzen. Hierfür muss der Rechtsrahmen so gestaltet und angewendet werden, dass private Investitionen in diese Infrastruktur wirtschaftlich attraktiver werden, beispielsweise durch die Belohnung von Investoren, die bereit sind, Risiken einzugehen, und die Sicherstellung einer höchstmöglichen Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit. Dies wird letztlich den Endnutzern – auch jenen in entlegenen Gebieten – zugute kommen.

Beim offenen Internetzugang müssen wir die regulatorischen Restriktionen gegenüber Betreibern kritisch beurteilen, die sie davon abhalten, Geschäftsrisiken einzugehen und in dünn besiedelte Gebiete oder Gebiete in Randlage zu investieren. Für die EVP-Fraktion spielen die EU-Bestimmungen für staatliche

Beihilfen eine Schlüsselrolle: An Stellen, wo es nicht möglich ist, private Investitionen sicherzustellen, müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen durch andere Maßnahmen ermöglichen, am digitalen Binnenmarkt teilzunehmen. Wir sollten die derzeitige Anwendung der Bestimmungen für staatliche Beihilfen überdenken, um einen verbesserten Ausbau des Breitbandnetzes und andere Lösungen zu ermöglichen. Sämtliche internetgestützte Dienste sind nutzlos, wenn sowohl den Verbrauchern als auch den Unternehmen kein ausreichend schnelles und hochwertiges Internet zur Verfügung steht. Und schlussendlich wird dadurch die Erreichung einer sozialen Marktwirtschaft verhindert.

Über die Infrastruktur hinaus möchten wir, dass unsere europäische IKT-Branche global wettbewerbsfähig ist und streben Rahmenbedingungen an, die Telekommunikationsbetreiber und Internet-Diensteanbieter dazu motivieren, auf gesamteuropäischer Ebene tätig zu werden. Hierfür müssen wir ein Ökosystem (einschließlich angemessener regulatorischer Rahmenbedingungen) schaffen, in dem Innovation und innovative Ideen sowie deren schnelle Eingliederung in den Markt und eine weltweite Etablierung und Absatz dieser Produkte und Dienste als Qualitätsmarken aktiv gefördert werden. Eine grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, Behörden und Unternehmen sowie gemeinsame Investitionen werden hierbei eine wichtige Rolle spielen. Dies beschränkt sich jedoch nicht auf die IKT-Branche. Vielmehr müssen wir die Digitalisierung anderer Branchen, wie der Fertigungsindustrie (sog. intelligente Fabriken), des Energie- und Verkehrssektors, des Einzelhandels, der KMU,

der öffentlichen Dienste und der Bildung sowie die Entstehung intelligenter Städte und die Entwicklung der ländlichen Gebiete aktiv stärken und fördern, um in der Weltwirtschaft Schritt halten zu können und die EU zu einem Ort zu machen, der attraktiv ist für Investitionen sowie für die Gründung und Führung von Unternehmen.

Vieles wird davon abhängen, inwiefern wir die Entwicklung europäischer Marktführer mit Tätigkeit im Bereich innovative Dienste, wie beispielsweise Cloud-Computing, Big Data und Internet der Dinge, unterstützen. Der Erfolg dieser Strategie wird zudem von der Förderung von digitalen Kompetenzen für Bürgerinnen und Bürger und der Förderung des Unternehmertums im Bereich der elektronischen Industrie – und folglich von den Lösungen für den Mangel an qualifizierten Arbeitnehmern mit IKT-Kompetenzen – abhängen. Wir benötigen hochqualifizierte Arbeitnehmer im IKT-Bereich. IKT-Kenntnisse und -Kompetenzen sollten auf allen Stufen der allgemeinen und beruflichen Bildung gefördert werden. Diese digitalen Entwicklungen führen durch die Einführung einer wesentlich effizienteren, vereinfachten und benutzerfreundlichen elektronischen Verwaltung zudem zu bedeutenden Änderungen in der öffentlichen Verwaltung.



3. Rechte des geistigen Eigentums, Urheberrecht und Inhalte

Unternehmen sind auf den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums (IPR) angewiesen. Verstöße gegen diese Rechte in gewerblichem Ausmaß müssen daher mit zivilrechtlichen Durchsetzungsverfahren bekämpft werden, damit Urheber, Erfinder und andere Rechteinhaber angemessene Gewinne erzielen können. Das Urheberrecht ist ein Bereich der IPR, der für die Kreativwirtschaft grundlegende Bedeutung hat; die Europäische Union ist bestrebt, diesen Sektor voranzutreiben, um das Wirtschaftswachstum anzuregen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft leistet einen entscheidenden Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wirtschaftswachstum in der EU. Die EVP-Fraktion fordert daher eine Politik, die ein gemeinsames Wachstum der digitalen Technologien und der Kreativwirtschaft ermöglicht, um echtes Wachstum in Europa zu erreichen.

KMU spielen eine zentrale Rolle für die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Wachstum im kreativen Sektor, weswegen deren Zugang zu Inhalten erleichtert werden. Das Urheberrecht ist weiterhin eine der wirksamsten Antriebskräfte für die Schaffung, Produktion, Verbreitung und Digitalisierung kultureller Inhalte. Für uns ist es ein zentrales Anliegen, die kulturelle Vielfalt Europas zu fördern, in dem ein hohes Niveau bei Urheberrechtsschutz und Vergütung der Autoren und ein ausgewogenes Konzept im Hinblick auf das Ziel des Zugangs zu Kulturgütern und Wissen im öffentlichen Interesse sichergestellt wird.

Die EVP-Fraktion tritt daher für ein Urheberrechtssystem ein, das das reibungslose Funktionieren der Wertschöpfungsketten zwischen Urhebern, Autoren, Produzenten, Verlegern, Journalisten, Mittelern, Dienstleistern und Nutzern fördert. Das Ziel sollte darin bestehen, flexible, unternehmens- und verbraucherfreundliche Lizenzierungssysteme für urheberrechtlich geschützte Werke zu schaffen. Dieses Konzept sollte von der Notwendigkeit geleitet sein, eine angemessene Vergütung für Künstler und Urheber, Investoren und Produzenten zu garantieren. Gleichzeitig sollten europäische Wissenschaftler, Kulturinstitutionen, Unternehmen und Verbraucher von mehr Flexibilität und Einfachheit bei der Verwendung urheberrechtlich geschützter Werke profitieren können. Wir fördern eine Kultur der Wahrung der Rechte; daher sollten die Bürger in einer leicht verständlichen Form für die Zwecke des Urheberrechts sensibilisiert werden.

Das Prinzip der „Territorialität“ sollte sorgfältig analysiert werden, die Unterschiede im Recht der Mitgliedstaaten sowie die Besonderheiten jedes Sektors müssen gebührend berücksichtigt werden. Derzeitige Ausnahmen im bestehenden Rechtsrahmen sollten überprüft werden, insbesondere in Bereichen mit ordnungspolitischen Zielen wie Bildung oder gleichberechtigter Zugang behinderter Personen.

4. Verbraucher

in der digitalen **Wirtschaft**



Unseres Erachtens müssen die Verbraucher im Mittelpunkt des digitalen Binnenmarktes stehen. Angesichts eines Anteils der Konsumausgaben von etwa 56 Prozent am BIP der EU muss es Verbrauchern ermöglicht werden, die Auswahlmöglichkeiten eines funktionierenden und diversifizierten digitalen Binnenmarktes zu nutzen. Dies bedeutet, dass die Verbraucher beispielsweise nicht aufgrund ihres geographischen Standorts diskriminiert werden dürfen; diskriminierende Praktiken, die von Geoblocking bis zu diskriminierenden Angeboten in allen Sektoren des Online-Shopping und der Online-Zahlungen reichen, müssen mit geeigneten Maßnahmen bekämpft werden.

Gleichzeitig betrachten wir die Netzneutralität als wichtige Maßnahme, um sicherzustellen, dass die Verbraucher offenen Internetzugang haben und gleicher „Traffic“ auch gleich behandelt wird. Vor diesem Hintergrund wird die EVP-Fraktion an einem Rahmen arbeiten, der die Wahlfreiheit jedes Verbrauchers ermöglicht und Raum für innovative Geschäftsmodelle sowie wichtige Dienstleistungen schafft, einschließlich spezialisierter Dienstleistungen wie elektronische Gesundheitsdienste und fahrerlose Fahrzeuge - sofern diese Dienstleistungen den offenen Internetzugang nicht in Frage stellen.

Unseres Erachtens muss auch geprüft werden, ob unser derzeitiger Rechtsrahmen für den Verbraucherschutz für das digitale Zeitalter gerüstet ist. In den vergangenen Jahren wurden zwar wichtige Schritte bei der Online-Streitbeilegung unternommen, doch andere Bereiche des elektronischen Handels müssen noch angegangen werden, um gleiche Ausgangsbedingungen sicherzustellen und zur Förderung des europäischen elektronischen Handels beizutragen. Das Gemeinsame Europäische Kaufrecht ist ein Instrument mit einem enormen grenzübergreifenden Potenzial. Ziel der EVP-Fraktion war es stets, den elektronischen Handel durch die Nutzung dieses optionalen Instruments zu fördern; wir setzen darauf, dieses Projekt voranzutreiben. Dazu gehört einerseits, Praktiken wie das IP-Tracking oder die bewusste Nicht-Kompatibilität von Systemen,

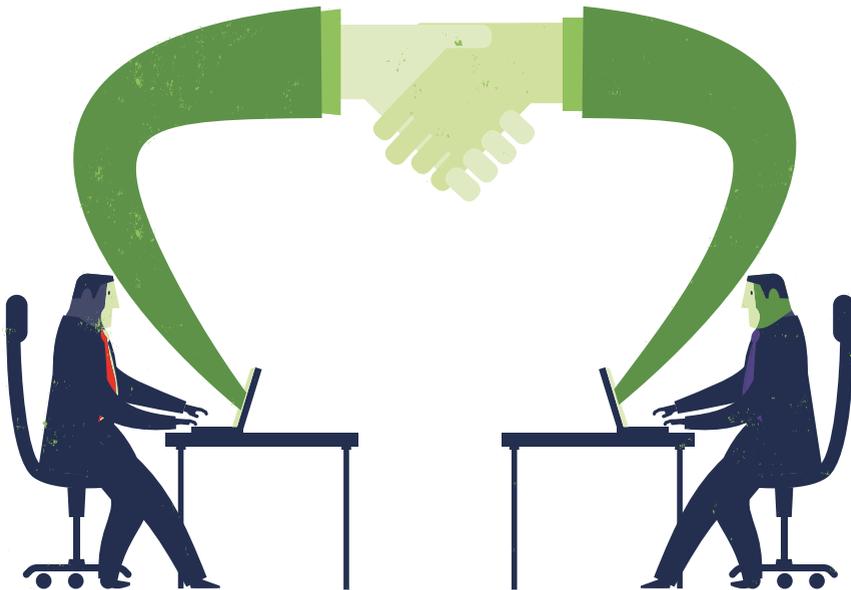


die die Auswahl der Verbraucher einschränkt, einzustellen und andererseits, die Übertragbarkeit im Zusammenhang mit digitalen Medien sicherzustellen.

Die Beseitigung von Hindernissen bei der grenzübergreifenden Entwicklung des elektronischen Handels hat heute größte Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die grenzüberschreitende Paketzustellung und die für den Verkauf von Waren und Dienstleistungen geltenden Mehrwertsteuerbestimmungen, die aufgrund ihrer Fragmentierung und fehlender Transparenz den grenzüberschreitenden elektronischen Handel behindern. Um einen wirklich inklusiven digitalen Binnenmarkt zu erreichen, muss daher die Interoperabilität der Systeme und die Verwen-

dung gemeinsamer Normen sichergestellt und dafür Sorge getragen werden, dass online und offline die gleichen Bestimmungen gelten.

Im Hinblick auf die Gestaltung des Rahmens für einen besseren Verbraucherschutz wollen wir als EVP-Fraktion, dass dieser Rahmen auf die Bedürfnisse und Kapazitäten der Wirtschaft, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zugeschnitten ist. Wenn unverhältnismäßige rechtliche Anforderungen Unternehmen vom Markt verdrängen, beeinträchtigt dies letztlich auch die Wahlfreiheit der Verbraucher. Daher gehen Rechte und Pflichten von Verbrauchern und Unternehmen Hand in Hand und müssen fair in Einklang gebracht werden. Die digitale Wirtschaft ist ein Gewinn für Verbraucher und Unternehmen.





EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Presse und Kommunikation
Publikationsteam

Herausgeber: Pedro López de Pablo

Verantwortlich: Greet Gysen

Koordinator: Daniela Bührig

Revision: Thomas Bickl

Adresse: Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, B-1047 - Brüssel

Internet: www.eppgroup.eu

E-mail: epp-publications@ep.europa.eu

Copyright: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

Follow us



DE